

In der Senatssitzung am 24. Januar 2023 beschlossene Fassung

Der Senator für Inneres

20.01.2023

Frage L 25

Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 24.01.2023

„Gewalttäter durch Videoüberwachung überführt“

(Frage in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

A. Problem

Die Fraktion der CDU hat die folgenden Fragen in der Fragestunde zum Thema „Gewalttäter durch Videoüberwachung überführt“ gestellt:

1. Inwieweit konnte der Tatverdacht im Fall einer Körperverletzung in der Bahnhofsvorstadt am 15. September 2021, als ein Streit zwischen zwei Männern eskalierte und ein 51-Jähriger seinem am Boden liegenden Kontrahenten gegen den Kopf trat (Polizeimeldung 0697), von der Polizei erhärtet werden?
2. Zu welchem Ergebnis führten die strafrechtlichen Ermittlungen (Einstellung, Strafbefehl, Anklage, Verurteilung, Freispruch, Haftstrafe et cetera) und konnte der Tatverdächtige inhaftiert werden?
3. Inwieweit und wie häufig ist der Tatverdächtige seither erneut strafrechtlich in Erscheinung getreten?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Die Fragen 1 bis 3 werden zusammen beantwortet:

Die Ermittlungen führten zu einem dringenden Tatverdacht gegen den Beschuldigten. Gegen ihn wurde durch die Staatsanwaltschaft Anklage beim Landgericht erhoben. Durch Urteil vom 15.02.2022 wurde der Angeklagte zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren verurteilt. Diese ist seit dem 20.07.2022 rechtskräftig.

Der Beschuldigte ist nach der Tat als Beschuldigter einer Körperverletzung und einer Bedrohung strafrechtlich in Erscheinung getreten.

C. Alternativen

Alternativen werden nicht vorgeschlagen.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung

Die Beantwortung der Anfrage hat keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Die Tatbeteiligten sind männlich.

E. Beteiligung/ Abstimmung

Die Abstimmung der Vorlage mit der Senatorin für Justiz und Verfassung wurde eingeleitet.

F. Öffentlichkeitsarbeit/ Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Für die Öffentlichkeitsarbeit geeignet.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 20.01.2023 der mündlichen Antwort auf die Fragen der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.